

Landarbeiter beschließen Erntestreik

Delegiertenkonferenz Niederrhein wählt vorbereitenden Kampfausschuss

Leipzig, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Einen Beschluß von entscheidender Bedeutung für die Auslösung des Erntestreiks folgte die am 21. Juni in Niederrhein in Hattgenbühlene Landarbeiter-Delegierten-Konferenz. Alle entscheidenden Götter des Gebietes hatten Delegierte geschickt. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird:

„... in Anbetracht der steigenden Ausbeutung aller Berufs des Landproletariats den Kampf zur Ernte unter Führung der KPD zu organisieren.“

Die Konferenz wählte einen zentralen vorbereitenden Kampfausschuss. Außerdem wurden auf acht Göttern Kampfausschüsse gewählt.

Der Freiertrug a. G. hat in einer Landtagsrede angekündigt, daß der Lohn der Landarbeiter gänzlich abgebaut werden soll. Auf diese Provokation kann es nur die Antwort des Streiks für die Forderungen der Landarbeiter geben.

Kampf in einheitlicher Front mit den armen Bauern, Siedlern und Pächtern. Das Bauernhilfsprogramm der KPD zeigt den Ausweg aus dem Elend der werktätigen Bauern.

Erntestreik als Vorstufe zur Schaffung der einheitlichen und überwindlichen Kampffront.

Die Industriearbeiter müssen mit aktiver Solidarität dem Landproletariat zur Seite stehen.

Der Genosse Ernst Thälmann, der Führer unserer Partei, erklärte in seiner Rede in Oldenburg:

„Wir für die Arbeiter und Arbeiterinnen, für die Millionen Arbeitlosen, für die Beamten und Angestellten und den kühnen Mittelstand, wird dann auch für die Millionen armen kleinen Bauern die Stunde der Erlösung schlagen.“

mit dem Siege der Volksresolution. Keine kapitalistische Regierung, keine kapitalistische Partei wird den Großgrundbesitzern, wird die Landarmen Bauern zur Regierung ernennen. Keine Wirtschaftsordnung außer der des Kommunismus wird den kleinen Bauer aus der Not der Hungerkämpfe, ihm den Aufstieg zum Menschentum und Sozialismus eröffnen.“

Große Bauernversammlung laßt Kampfbeschlüsse

Für das Bauernhilfsprogramm der KPD

Am 20. Juni fand in Krumpholz (Schlesien) eine öffentliche, von der Kommunistischen Partei geleitete Bauernversammlung statt. Von 200 Besuchern wurden nahezu 200 Bauern. Das Referat des Genossen Zimmermann wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach auch der Bauernführer v. Salomon, der sich im Laufe der Ausführungen des Referenten aussprach. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, trotzdem auch eine große Anzahl bisher nationalpolitisch orientierter Bauern anwesend waren, die sich für das Bauernhilfsprogramm der KPD ausgesprochen.

Ein Bauernkomitee von 7 Personen wurde gewählt und mehr beschlossen, einen Aufruf an die werktätigen Bauern Schlesien-Hollands zu verschicken. Die Nationalpolitiker hatten für diese Versammlung besonders einen Referenten bestellt, der aber in der Versammlung nicht anwesend war. Die Versammlung war ein gewaltiger Erfolg der KPD und zeigte den Vorwärtigkeit unserer Partei bei den werktätigen Bauern.

„Junge Garde“ auf 4 Wochen verboten!

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem in den letzten Tagen sich weniger als fünf KPD-Zeitungen mit ihren Kopialblättern Seerlings Republikanischer und der Hindenburg-Diktator-Verordnung zum Opfer gefallen sind, hat jetzt der sozialdemokratische Polizeipräsident Gezeßki auch das Kampfbüchlein der „Junge Garde“, „Die Junge Garde“, auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Die Begründung des Verbots läßt sich auf einen Artikel, in dem die Kritik an einem Teil des Verfalls wegen der Hindenburg-Diktator-Verordnung zurückgeführt wird und insbesondere die Frage diskutiert wird, ob die Schönen, die dort in das Kapital hineingehören, nicht Mitglieder der KPD sind. In diesem Artikel ist die Rolle des Staatsanwalts und Gerichts in dem hiesigen Staat wegen der Hindenburg-Diktator-Verordnung, erklärt. Grundsätzlich ist die Begründung des Verbots nur ein Vorwand, um gerade jetzt aus dem Inhaltlichen der Rotverordnung, die mit brandbarer Schärfe gegen die jugendlichen Erntestreikangehenden werden soll, das Sprachtwort des kämpfenden Jugendproletariats zu unterbinden.

Erwerbslosendemonstration gegen Rotverordnung

Berlin, 24. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Höchstens kam es wieder auf den Berliner Stempelflecken, auf denen sich überall täglich große Demonstrationen abspielen, zu Erwerbslosendemonstrationen gegen die Rotverordnung. Auf den Flecken der Stempelflecken sammelten sich tausende Erwerbslose und machten ihrer Erbitterung über die wirtschaftliche Notlage und gegen die Rotverordnung in lauten Rufen Luft. Wie die Massen von der Polizei auf die Straße gedrängt wurden, leiten sie hier ihre wütenden Demonstrationen fort. Der Polizei gelang es nicht, die Demonstrationen zu verhindern.

Rotverordnung für Schutz und Reichswehr aufgehoben

Heraus! Die Rotverordnung löst! Nicht die Bestimmungen gegen die Erwerbslosen! Nicht die Bestimmungen gegen die Arbeitslosen, soweit sie die Massen der Angehörigen und den Hauptteil der Beamten betrifft! Es bleiben auch die Steuererhöhungen! Javaliden und Kriegsbeschädigte erhalten ihren Teil abgezogen. Nur für einen kleinen Teil der Beamten fällt die Rotverordnung; für Reichswehr und Schutz.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ gibt dafür die charakteristische Begründung:

„In der Tat muß alles gelassen, um unsere kleine Wehrmacht schlagfertig zu erhalten, und auch die durch die gespannte innere Lage hier beanpruchte Schutzpolizei nicht dem Wahn der radikalen Propaganda unnötig auszuliefern.“

Nicht die Sorge um die Beamten und ihre Familie, sondern die Angst vor ihrer kommunistischen Infiltration löst die Grund für die neuen Kategorien der Soldaten und Schutz der Rotverordnung zurückzuführen.

Damit gehen die Verfall und Verfall der Rotverordnung nicht zu, daß der Inhalt von vollkommener Wirkung ist, daß die notwendige Folge eine Reaktion des Volkes und daß die herrschende Klasse sich darum eine gutebessere Wende zu halten muß.

Die Kommunistische Partei und ihre Parteifunktionäre haben seit jeder gegen Brüning und Brüning, für die Verbesserung der unteren Beamten aller Kategorien gekämpft.

Das gibt ihr die Autorität und das Recht, die Polizeibeamten auf den Hintergrund dieser plötzlichen Zurückkehr der Brüning und Brüning auszuweisen zu machen. Die Tatsache, daß man für die Bürgerkriegstruppe die Rotverordnung aufhebt, beweist, daß man die Rotverordnung gegen das ganze übrige verfallene oder unheimlich arbeitlose Volk auszuweisen will und sich auf Zustimmung der Polizei macht, die dann die von der Rotverordnung betroffenen Soldaten gegen die Massen getrieben werden sollen.

Und nun erheben wir die Frage: Soll es so kommen?

Internationaler Boykott der UdSSR

Die Pläne Hoovers und der imperialistischen Kriegstreiber

Die große englische Zeitung „Daily Express“ schreibt:

... daß die Vereinigten Staaten die Erörterung der Kräfte der Schulden nur unter der Voraussetzung der Somjerunion anschließend mit dem Ziel, die amerikanische Landwirtschaft gegen die Konkurrenz des russischen Weizens und anderer russischer Rohstoffe zu sichern.“

Diese Nachricht behauptet auch die Deutsche Bergwerkszeitung, die in ihrer letzten Sonntagsausgabe sagt:

„Die Nachricht, daß die amerikanischen Staatsmänner auf ihrer Europareise beabsichtigen, eine Front gegen Sowjetrußland zu bilden, mag übertrieben oder unwahr (?) sein, kennzeichnet aber die Stimmung.“

Die Arbeiterklasse muß erkennen, was der Hauptzweck der Hoover-Aktion ist. Das internationale Proletariat muß den eisernen Wall bilden, an dem die Pläne der imperialistischen Kriegstreiber scheitern. Der heranrückende 1. August muß besonders zum Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber und Antirussbewegung im eigenen Lande.

Enthüllungen aus Hitlers Stab!

Korruption und Intrigen / ... daß Sie, Führer Hitler, homosexuell sind“

In Pirmo wurde bei einer Diskussion mit Nazis das Mitglied des Kampfbundes, Genosse Wagner, niedergestochen. Er liegt in hoffnungslosem Zustand im Krankenhaus.

Die täglichen Meldungen über Vorfälle auf Arbeiter-Lenkungen die Verherrlichung des Mordes der Hitlerpartei, die sich der heutigen Protestaktion sicher fühlt. Während die Wunden Hitlers täglich ihre Wunden auf die im Kampf gegen das Kapital lebenden revolutionären Arbeiter durchführen, nimmt die Antraktion der Nazisführer ein ungeheures Ausmaß an. Beziehungs dafür ist ein Geheimbrief des Oberleutnants Schulz vom 2. Juni d. J. an Adolf Hitler der jetzt durch die Presse geht. In diesem Brief des Berliner Vertrauensmannes wird festgestellt, daß Goebbels und sein Freund Dr. Meinhofen die meisten Schuldigen an der Stennes-Rebellion sind, sich aber dennoch in Amt und Würden befinden. In diesem Brief wird mitgeteilt, daß Goebbels den Berliner SA-Führern gegenüber erklärt habe, er denke nicht daran, die Berliner SA dem „homosexuellen bolschewistischen Oberleutnant Schulz“ auszuliefern. Schulz betont, daß in den verächtlichen homosexuellen Beziehungen Hitlers jeder Streichung von den selbsthaften Beziehungen des nationalsozialistischen Agitatoren

Körner über Wahn zu Hitler spricht. Schulz ist, daß sich die homosexuellen Führer überaus mit ihrem Wahnsinn umgeben. Schulz erklärt weiter, es sei so mittlerweile in der Welt gekommen, daß von marxistischer Seite die Nachricht bekannt wird, daß Sie, hochverehrter Führer, auch homosexuell sind. Schließlich verdrängt Schulz den Reichstagsabgeordneten Georg Strömer der Aufrechterhaltung betrüblicher Beziehungen zu seinem aus der Partei ausgeschlossenen Bruder. Um das herauszufinden, habe Schulz am 20. Mai 1933 11000 Mark in Originalscheinen von Georg Strömer an seinen Bruder geschickt. Es sei ihm jedoch nicht gelungen, den Inhalt zu bestimmen.

Dieser Kampf der KPD wird als Fort der Ernennung gepriesen! Der Korruptionssturz ist jedoch eine zwingende Nebenbedingung der engen Verbindung dieser Partei mit dem Großkapital, das korrupte Gesellen braucht, um die einzelnen nationalsozialistischen Elemente einzufangen und kommandieren zu können. Der unermüdete Kampf der Kommunistischen Partei um die Auflösung der treibenden Kräfte ist unter anderem verbunden mit der Organisation der entscheidenden Arbeit des revolutionären Proletars, der von einer Handvoll korrupter Führer geleitet wird.

Breitscheidt schreibt einen Schreibebrief

Herr Breitscheid hat als Vorsitzender des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Schreibebrief an Brüning geschrieben, der die Hoover-Aktion zum Anlaß nimmt, den Reichsanwalt aufzufordern, unweicht in Verhandlungen mit der SPD über Abänderungen der Rotverordnung einzutreten. Das politische Bemerkenswerteste an diesem Brief ist, daß entgegen dem Gehörte auf dem Leipziger Parteitag und den öffentlichen Demonstrationen anlässlich der Ausproben über die Einberufung des Reichstages der Sozialdemokratie jetzt sagt, daß sie mit dem politischen und finanziellen Zweck des Brüning-Diktates vollkommen einverstanden ist.

Daran wird nichts geändert, wenn es in dem Brief heißt, daß die „einzelnen Abwärtschriften der Rotverordnung gemindert und die härtesten Steuererhöhungen gelockert werden“ sollen. Das sind doch alles Nebenworte. Was ist wichtiger für die Rotverordnung oder gegen sie. Ich lieberlich erklärt auch noch der „Vorwärts“ in eigener Stellungnahme zu diesem Brief folgendes:

„Die Fraktion verlangt nichts Unmögliches. Sie nimmt auch den Hoover-Plan nicht zum Anlaß, neue Forderungen zu stellen.“

So wenig wir vor der amerikanischen Aktion will die sozialdemokratische Fraktion danach den Zweck der Rotverordnung gelassen.“

Es ist daher eitel Heuchelei, wenn in dem Brief Breitscheidts davon die Rede ist, daß die werktätigen Schichten „einen

berechtigten Anspruch darauf haben, daß ihnen künftig alle Verbesserungen zugute kommen.“

Man kann nicht das eine und das andere, nämlich - bei Ausbeutungswend der Rotverordnung nicht gefährden wollen um gleichzeitig alle möglichen Verbesserungen durch die Hoover-Aktion den Massen zu versprechen. Genau wie die Kapitalisten leicht, erklärt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, ist nach wie vor alle Lehren des Reichstags auf die Sicherung der öffentlichen Haushalte gerichtet bleiben müßte.“

Das heißt mit anderen Worten: Freiheftung und Freilegung der Politik verächtlicher Massenbeachtung bei gleichzeitiger Steuererhöhung für die arbeitende Klasse. Das aber ist gerade, was die Massen nicht länger dulden werden. Nicht Ziele an sich Erlösung braucht das werktätige Volk, sondern ein Kampf um Geschlossenheit und Einheit im außerparlamentarischen Kampf gegen den Hungerlohn der Brüningregierung.

Im Sachsenlandtag

SPD und Nazis gegen proletarische Gefangene

Dresden, 25. Juni 1931

In der heutigen Sitzung des Landtages wurde der kommunistische Antrag auf Erlass einer Amnestie für alle politischen und Reichsflüchtlinge, sowie für Verurteilte gegen §§ 218, 19 abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur KPD und SPD. Die Sozialdemokraten stimmten jedoch gemeinsam mit den Nazis für alle kommunistischen Anträge auf Verbesserung der Behandlung der Gefangenen und der Erhöhung der Zahl der Juristen ab.

Der Rechtsausschuß des sächsischen Landtages wüßte nicht die kommunistischen Anträge zur Wahrung der Rotverordnung ab, die gleichzeitig die Nichtdurchführung der einzelnen Maßnahmen in Sachsen verlangen. Während der Vertreter der kommunistischen Fraktion ganz klar auftrat, daß ein bloßer Protest einem Massenbeitrag gleichkomme und verlangte, daß Sanktionen aus die den Ländern überlassenen Maßnahmen nicht zur Durchführung bringt, schloß die SPD offen eine Front mit den Nazis. Sämtliche Parteien „erwiderten“ die kommunistischen Anträge, indem sie sich auf einen gemeinsamen Antrag von den Nazis bis zur SPD einigten, der das Mandat Schicks in der Frage der Rotverordnung verlor. Dieser Antrag beantragt sich mit einem bloßen Protest bei der Reichsregierung und der Forderung auf „sofortige und gründliche Abänderung“. Auf diese Weise wird die Reichsregierung völlig entlastet. Dieser Zweck des Antrages kam besonders deutlich zum Ausdruck, als der kommunistische Vertreter erklärte, wenn das Schicks-Kabinett die Verweigerung der Durchführung der Rotverordnung nicht ausspricht, müsse es eben durch Auflösung des Landtages gestürzt werden. Abgeordneter Edel erklärte daraufhin für die SPD, eine Neuwahl wegen dieser Fragen käme für sie nicht in Betracht.

Bei dieser entscheidenden Beratung zeigte sich eine klare Einheitsfront von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten zur Stützung des Schicks-Kabinetts.